



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Maximilian Böttl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sparen und Geldanlage müssen attraktiv bleiben – breiter Zugang zu Finanzmärkten statt neuer Abgaben auf Kapitalerträge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für Sparer und Anleger, vor allem für Kleinsparer und -anleger, einzutreten. Dazu sollen auch zusätzliche, wirksame Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden, gerade auch für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen.

Der Landtag lehnt insbesondere Sozialabgaben auf Kapitalerträge als Bremse für eine private Altersvorsorge ab. Stattdessen sollen Chancen und Risiken der Möglichkeiten auf den Finanzmärkten in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Begründung:

Sparen und Anlegen muss attraktiv bleiben und darf nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Insbesondere der langfristige Vermögensaufbau am Kapitalmarkt mit Aktien/Fonds/ETFs ist ein wichtiger Baustein für die private Altersvorsorge, der auch mit kleinen Beträgen aufgebaut und demnach noch stärker genutzt werden sollte.

Obwohl die durchschnittliche Rendite am Aktienmarkt in den letzten 20 Jahren bei über 8 Prozent lag und der DAX aktuell bei über 20 000 Punkten markiert, wissen 27 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland nicht, was eine Aktie ist. Aktien, Fonds und ETFs sind eine ideale Möglichkeit, viele Menschen an Unternehmenserfolgen zu beteiligen. Partizipativ und demokratisch. Das gilt es in Schule und Erwachsenenbildung stärker

zu vermitteln. Auch Anlagemöglichkeiten in staatlichen Fonds, höhere Freibeträge, begleitetes Investieren auch für Jugendliche könnten Möglichkeiten sein, um mehr Menschen an Unternehmenserfolgen teilhaben zu lassen.

Als weitere Anreize könnten weitere Maßnahmen überlegt werden, z. B. die steuerfreie Veräußerung langfristig gehaltener Aktien im Privatvermögen oder die Steuerfreistellung von Erträgen aus Einmalzahlungen aus langfristigen Kapitallebensversicherungen.

Zwar sind die deutschen sozialen Sicherungssysteme an ihre finanziellen Grenzen geraten und brauchen dringend Reformen, doch sind zusätzliche Sozialabgaben der falsche Weg. Helfen würde vor allem eine Wirtschaftspolitik, die Leistung belohnt, Arbeitsplätze schafft und Investitionen auslöst.